

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beizahlungspreis Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,60 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Besteller
auf 10 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Politik-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 65.

Berlin, Sonnabend, 17. August 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Bauarbeiterbewegung in Berlin. — Berlin in Zahlen. — Denunzianten und Verleumder an der Arbeit. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Bauarbeiterbewegung in Berlin.

Der eben beendete Berliner Bauarbeiterstreik gibt Veranlassung, einige wichtige allgemeine Fragen aufzuwerfen. Die Behandlung derselben wird uns zeigen, wie bei der Entscheidung der Frage: Streik oder Nichtstreik eine ganze Reihe von Faktoren betrachtet werden müssen, die in eine solche Rechnung einzufügen man sich noch wenig angewöhnt hat. Die Betrachtung zeigt aber ferner, daß an einem Arbeiterführer, der an der Spitze einer großen Berufsorganisation steht, sich außerordentlich schwierige Fragen drängen. Denn er muß die schwierigsten volkswirtschaftlichen Momente, die einen Streik im Augenblick ausichtslos oder ausichtsreich erscheinen lassen, genau kennen.

Wir leben in einer Zeit industrieller Hochkonjunktur, d. h. seit dem Jahre 1903/04 hat sich eine so große Zunahme des Bedarfes an den verschiedensten Waren bemerkbar gemacht, daß seitdem alle Kräfte zu seiner Befriedigung angezogen werden müssen. Eine Ausnahme von dieser Erscheinung macht nur das Baugewerbe. In der Zeit, wo in der Industrie guter Geschäftsgang ist, nimmt die Geschäftslage im Baugewerbe ab. Diese Abnahme bereitet sich nicht gleichmäßig, sondern sie tritt sich in der Hauptsache, ja ausschließlich, auf den Bau kleiner Wohnungen. Die Zahl der gütigen Geschäftslage mehr gebaut als sonst. Wohnungen dagegen werden viel weniger gebaut. So ist es auch zurzeit der Fall. Wir versetzen darauf, das hier zahlenmäßig eingehender zu belegen. Die Tatsache an sich ist ohne Zweifel. Die Anzahl der eingewickelten Baugesuche nimmt ab. Der Andrang von Bauarbeitern bei den Arbeitsnachweiser ist wesentlich größer als sonst. Die Ursache dieser seitlichen Erscheinung läßt sich zurückführen auf die Verhältnisse des Geldmarktes. Gerade dann, wenn die Industrie viel Geld gebraucht, wenn sie sich vergrößert und ausdehnt, wenn sie neue Arbeitskräfte bezieht, dann ist der Zinssatz am höchsten, das Geld rar. In solchen Zeiten kann man zum Bau von Häusern nur schwer Geld bekommen. Das Geld geht in die Industrie. Das Baugewerbe kann aber nicht florieren, wenn es nicht viel und billiges Geld hat. Dadurch kommt es, daß die hochgehende Woge industrieller Beschäftigung mit einer Ebbe im Baugewerbe zusammenkommt, und umgekehrt, d. h. also es wird am meisten gebaut, wenn sonst die Lage der Industrie am schlechtesten ist. Im Jahre 1902, also zur Zeit der höchsten industriellen Krise, setzten die Bauarbeiter in Berlin eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse durch, die durchzuführen sie im Jahre 1900 nicht vermocht hatten. Das Baugewerbe hatte eben billiges Geld, es wurden daher massenweise Wohnungen gebaut und da waren die Arbeitskräfte rar.

Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, dieser eigentümlichen Erscheinung bis auf den Grund nachzugehen. Das ist eine Aufgabe, der wissenschaftlichen Untersuchung, die nicht auf dem beschränkten Raum unseres Blattes Platz finden kann. Interessanten verweisen wir auf den Bericht über den I. allgemeinen deutschen Wohnungskongress in Frankfurt a. M. und den Anfang zu dem Bericht von Professor Dr. Stein. Es liegt klar auf der Hand, daß Arbeiterführer des Baugewerbes, die bei der Frage stehen: „Sollen wir in den Ausnahmestellen oder nicht?“ diese Dinge kennen und bei ihrer Entscheidung mit in Rechnung ziehen müssen. Das

haben die Führer der Berliner Bauarbeiter vor dem jetzigen Kampfe getan. Es ist von ihnen dringend gemahnt worden vor dem Eintritt in den Kampf. Aber die Arbeiter folgten ihnen nicht. Unter dem Einfluß der sozialdemokratischen radikalen Phrasen haben sie geglaubt, wenn in der Industrie viele Arbeit sei, müsse auch das Baugewerbe gut gehen. Und es sei dementsprechend ein geeigneter Zeitpunkt, neue Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Die Tatsachen haben sie anders belehrt. Nach 12 wöchentlichem Kampfe mußten sie die Forderungen streichen und den Kampf abbrechen. Sie taten dies am 9. August mit der Annahme nachstehender Entschliessung:

Die Versammlung erklärt, an den am 27. Mai angeführten Forderungen (8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn) festzuhalten. In der Erwägung jedoch, daß mit der bisherigen Kampfweise weitere Erfolge gegenwärtig nicht erreicht werden können, indem die meisten Arbeiter schon zu den neuen Arbeitsbedingungen arbeiten, beschließt die Versammlung, den Streik am Montag, 12. August, aufzuheben. Es wird den Arbeitnehmern zur Pflicht gemacht, nach wie vor darauf zu achten, daß zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Streik- und Arbeitsberechtigungskarten werden von Montag an nicht mehr ausgeben. Die Ertragsbeiträge werden von 1,50 Mk. auf 50 Pf. wöchentlich herabgesetzt. Sämtliche Streik-legitimationen und Mitgliedsbücher werden eingezogen und mit einer Schließkontrollmarke versehen.

Schon diese Dinge machen den Kampf interessant, da sie zeigen, daß die Arbeiterschaft die volkswirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes kennen muß. Aber aus mancherlei anderen Gründen ist der Kampf von Interesse. Er wurde von einer kapitalstarren Organisation mit all den Mitteln geführt, die unsere heutige Streikethik zur Verfügung stellt. Sogar mit den kleinlichen Mitteln dieser Technik wurde gearbeitet. Man glaubte sich in die Zeit des Burenkrieges oder des russisch-japanischen Krieges versetzt, so stürzten hier täglich von beiden Interessentengruppen aus die Schlagnachrichten in die Welt. Eine europäische Depesche nach der anderen tauchte auf. Einmal berichteten die Unternehmer, daß sie akkurat vor dem Siege stünden, und am nächsten Morgen kamen die Arbeiter und berichteten von sich das Gegenteil. Das sind so die kleinlichen Mittel, die man sich wenigstens auf der Arbeiterseite scheuen sollte. Interessant waren auch die Zahlen, mit denen operiert wurde. In den letzten Wochen vor dem Streik resp. der Aussperrung rebete man beiderseits davon, daß 100 000 Arbeiter in Frage kämen. Schließlich fing es mit 10—15 000 an, nun angeblich mit 1500 aufzuwachen. Bieweit alle diese Zahlen richtig waren, vermag der Angehörige nicht zu ergründen.

Man muß den Unternehmern das Zeugnis ausstellen, daß sie sehr geschickt operiert haben. Sie sahen, daß für sie jetzt der richtige Zeitpunkt war, um den Kampf mit der Organisation der Arbeiter aufzunehmen und die Arbeiter wahrscheinlich auf Jahre hinaus lahm zu legen. Sie verlangten den Abschluß eines Tarifvertrages und all derselbe verweigert wurde, spritzten sie aus. Darauf erklärten die Arbeiter den Generalstreik. Nachdem der Kampf 5 Wochen gedauert hatte, hoben die Unternehmer die Aussperrung auf, was zur Folge hatte, daß ihnen wach und nach eine immer stärker werdende Zahl von Arbeitswilligen zuflüchtete. Und nun holten sie zum zweiten Schläge aus, der das vernichtete, was die Organisation der Bauarbeiter im Laufe langer Jahre aufgebaut hatte. Die Arbeitswilligen waren in der Handfläche der Leute, die mit der Organisation gedrohen hatten. Und die Unternehmer brüllten diese jetzt als Akkordmänner lässig zu sein. So ist die im Berliner Baugewerbe fast beständige Akkordarbeit plötzlich wieder eingeführt. Viele laufende Männer arbeiten in Akkord und machen jetzt den Versuch, eine besondere Akkordmännerorganisation zu bilden. Damit dürfte wahrscheinlich die Akkordarbeit für dauernd eingeführt sein.

Weniger geschickt haben die Arbeiter operiert.

Wie schon gesagt, die Organisationsführer wollten überhaupt keinen Kampf, wurden aber von ihren Mitgliedern dazu gezwungen. Zunächst setzen sie es aber wenigstens durch, daß die Arbeiter nicht zum Angriff übergingen, sondern die Ausperrung der Unternehmer abwarteten.

Solange war die Lattit durchaus klug und sie hätte in ihrer konsequenten Durchführung die jetzige große Schädigung der Organisation verhindert, und diese in den Stand gesetzt, dann jederzeit wieder loszuschlagen zu können, wenn für sie die Verhältnisse günstiger waren. Dazu hätte gehört, daß die Arbeiter, nachdem die Unternehmer zum 1. Juli die Ausperrung aufhoben, ihrerseits unter Fallenslassen jeglicher Forderungen auch den Streik aufgehoben und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen hätten. Jedoch scheint den Organisationsleitern im Laufe des Kampfes die nötige Ruhe abhanden gekommen zu sein, oder sie mußten fürchten, ihre Mitglieder hätten nicht gehört. Jedenfalls haben sie unklugerweise, schon gesagten, den Kampf, von dessen Ausichtslosigkeit sie vorher überzeugt waren, noch 7 Wochen weiter geführt, und dadurch ihre Kräfte endgültig erschöpft.

Natürlich haben auch die Unternehmer größere Schädigungen erlitten, aber sie sind lange nicht so erheblich, als wenn der Kampf in 1 oder 2 Jahren gekommen wäre. Sie haben die Wiedereinführung der Akkordarbeit erreicht und eine Erschütterung der Festigkeit der Organisationen der Arbeiter erzielte, die sich in ihrem ganzen Umfange zurzeit noch nicht übersehen läßt. So hat auch hier der unverfängliche sozialdemokratische Radikalismus die jahrelangen Ergründungen der Organisation zunichte gemacht, und was schon die Kämpfe in Grimmschänke, in der Metallindustrie, im Holzgewerbe zum Teil bewiesen haben, ist auch hier wieder erneut bestätigt: Die Arbeiter können lernen, sich von den radikalen Phrasen der Sozialdemokratie zu befreien und die Beurteilung darüber, ob ein Kampf zurzeit angebracht ist oder nicht, ausschließlich dem klaren Verstand der Führer überlassen, die instand sind, alle volkswirtschaftlichen Verhältnisse genau zu übersehen. Das ist im letzten Grunde sehr viel radikaler als das Galten von blutrünstigen Reden. Das ist der Radikalismus der Tat, der sich von dem Radikalismus der Phrase dadurch unterscheidet, daß er mit den vorhandenen Verhältnissen rechnet, sich das Kampfsfeld und die Kampfszeit ausfindet, und dadurch zum Erfolge führt. Während durch den Radikalismus der Phrase nur Niederlage auf Niederlage geknüpft wird.

Berlin in Zahlen.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat soeben einen kleinen Auszug aus dem 30. Jahrgang seines Jahrbuches veröffentlicht, der sehr interessante Zahlen enthält, von denen wir einige hier mitteilen möchten. Die Angaben betreffen das Jahr 1905. Die männliche Bevölkerung zählte 985 660, die weibliche 1 057 647, also insgesamt 2 043 317 Köpfe. In die männliche Bevölkerung eingerechnet sind die 23 388 in Berlin garnisonierenden Soldaten. Die Zahl der Eheschließungen in Berlin betrug 22 276. Unter 20 Jahren verheirateten sich 24 Männer und 1821 Frauen. Ueber 70 Jahren traten noch 25 Männer, aber nur 1 Frau in den Ehestand ein. 1421 Ehen wurden geschieden. Geboren wurden 25 498 Knaben und 23 960 Mädchen, wovon im ganzen 8225 unehelich waren. Die Zahl der Lebgeborenen betrug 1842. Es starben 16 205 männliche und 16 246 weibliche Personen. Von den fast 50 000 Neugeborenen starben reichlich 10 000 im 1. Lebensjahre. Abgesehen von dem 1. Lebensjahre starben die meisten Menschen im Alter von 40 bis 80 Jahren. Ueber 80 Jahre alte Personen gibt es unter den weiblichen mehr als zweimal soviel wie

unter den männlichen Personen. Es starben 480 männliche und 973 weibliche Personen im Alter von über 80 Jahren. In allen Lebensaltern erforderte die Tuberkulose die meisten Opfer. Unter den Kindern sind es ferner namentlich Krüppel, Lebensschäche, Masern, Scharb und Herzkrankheiten, Lungenentzündung und die Krankheiten der oberen Luftwege, die große Opfer an Leben erfordern. Die größte Zahl der Kinder aber geht an Darmkrankheiten und Krämpfen zugrunde. Von den 10 000 im 1. Lebensjahre gestorbenen Kindern war allein bei über 4000 Darmkrankheit die Todesursache. Besonders groß ist die Zahl dieser Sterbefälle im Juli und August bei den mit Kuhmilch gefütterten Kindern, weil in diesen Monaten die Milch leicht verdorrt.

In Berliner Hotels, Gasthäusern und Herbergen wohnen im Laufe des ganzen Jahres über 1 Million Menschen. Unter den Fremden, die zu vorübergehendem Aufenthalte nach Berlin kamen, befanden sich 53 806 Russen, 27 109 Dänen, 18 751 Amerikaner, 10 432 Engländer, 9115 Polen, 7070 Franzosen, 5486 Holländer, 4314 Schweizer und aus dem übrigen Ausland zusammen noch 12 797 Personen.

Die Gesamtfläche von Berlin beträgt 6352 ha 28 ar, davon sind bebaut 2837 ha 65 ar, noch bebaubar 829 ha. 1976 ha entfallen auf Straßen, Plätze und Eisenbahnanlagen, 369 auf Parks, 101 auf Friedhöfe, 76 auf Tiergepölze und 161 auf öffentliche Wasserwerke. In Berlin stehen 26 441 Häuser mit 524 204 Wohnzimmern. Durchschnittlich kommen auf jedes Haus 77 Bewohner.

Der Grundbesitz der Stadt Berlin beträgt 1 775 434 ar im Werte von 475 497 308 M. Der innerhalb des Reichsgebietes gelegene Grundbesitz hat einen Wert von 850 Millionen Mark. Der außerhalb des Reichsgebietes, zum größeren Teil für Fischweiden benutzte Grundbesitz steht mit 126 Millionen Mark zu Buch.

Täglich sind 10 1/2 Millionen Quadratmeter Straßen und Plätze durch 1917 Straßenreiniger zu säubern, die fast 2 1/2 Millionen Mark Lohn erhalten. Berlin braucht jährlich circa 64 Millionen Kubikmeter Wasser und 219 Millionen Kubikmeter Gas. Es wird beleuchtet durch 33 000 Gaslampen, 968 elektrische Hängelampen und Glühlampen, 262 Petroleumlampen und 21 Spiritusglühlampen.

121 Brauereien produzieren 1 503 659 hl obergäriges und 3 590 623 hl untergäriges Bier, wovon fast 2 Millionen Zentner (Viertel) gebraucht wurden. Die Biersteuer von dieser Menge brachte etwas über 4 Millionen Mark.

In Berlin gab es 47 153 Pferde und 106 611 Stück Vieh und 38 903 Hunde.

Fabrikmäßige Betriebe waren 13 646 vorhanden, in welchen 188 093 männliche und 97 822 weibliche Personen beschäftigt wurden. Die Fabrikenspektoren nahmen 8516 Revisionen vor in 5455 Betrieben, wovon 353 zur Nacht und 300 an Festtagen revidiert wurden. Beim Gewerbegericht gingen 13 582 Klagen ein, wovon 5790 durch Vergleich und 2547 durch Zurücknahme ihre Erledigung fanden. In dem Rest der Fälle erfolgte ein Urteil.

Auf dem städtischen Viehhof kamen zum Antrieb 283 814 Rinder, 193 607 Kühe, 574 016 Schafe und 1174 682 Schweine. Auf Grund der Jubiläumsvorbereitung waren 2419 Altersrentner und 23 448 Jubiläumrentner vorhanden. Die verschiedenen Krankenkassen zahlten über 30 Millionen Mark Krankengeld aus. Bei der städtischen Sparkasse waren auf 813 822 Sparkassenbüchern 328 Millionen Mark Spargeld niedergelagert.

Die städtische Krankenpflege erforderte einen Zuschuß von fast 20 Millionen Mark. 50 489 Armenempfänger erhielten 8 503 186 M. bar geleistete Unterstützung. Gut 100 000 vertreten mühte die Stadt bei 5694 Bauentwürfen. 355 Zwangserschulungsgänge und 2490 Fürsorgegänge wurden ebenfalls auf Kosten der Stadt unterhalten. Die Zahl der in Berlin vorhandenen Krankenbetten betrug 110 000. Zu pflegen waren 7411 Geisteskranken. In städtischen Heimstätten wurden ca. 4000 Gensende gepflegt. Im nächsten Obdach waren 581 680 Personen untergebracht, daneben noch im Asylverein für Obdachlose 309 359 Personen. In den Ferienkolonien konnten 2214 Knaben, 2680 Mädchen gesundheitslich getränkt werden.

Wegen Vergehen und Verbrechen wurden 23 846 Personen rechtskräftig verurteilt, wovon 10 973 schon verurteilt und 1744 noch nicht 18 Jahre alt waren. In die Vollstrafen gingen 111 572 Knaben, und 118 665 Mädchen, also zusammen 225 237 Kinder.

Wir möchten gern noch gar manche andere interessante Zahl hier wiedergeben, glauben aber, daß die schon bisher genannten Figuren einen Einblick tun lassen in das gewaltige Getriebe der größten Stadt unseres Deutschen Reiches. Wenn es Vergnügen macht, der soll diese Figuren tief in sein Gedächtnis einprägen, wenn das aber gar zu viel des Kopfbedrückens machen sollte, der mag dann die Nummer gelegentlich wieder zur Hand nehmen und die Zahlen noch einmal lesen. Vielleicht liest sie auch Professor Wagner, der, ohne auch nur einen blauen Dunst von dem Getriebe der Stadt Berlin zu haben, diese als

die reichhaltigste Stadt bezeichnet hat. Sowie wir auch noch auszusagen haben an Berlin und seiner Veranbarung, so können wir einen derartigen Vorwurf doch nicht gelten lassen. Läge die städtische Verwaltung in den Händen der näheren Freunde des Herrn Professor Wagner, dann wäre sie ganz gewiß nicht bitter.

Denunzianten und Verleumder an der Arbeit.

In der in Kaiserslautern erscheinenden „Pfälz. Volkszeitg.“ finden wir unter obiger Ueberschrift einen kurzen Aufsatz, den wir wenigstens in seinen markantesten Stellen mit unwesentlichen Änderungen zum Abdruck bringen wollen.

Das rege Leben, welches sich innerhalb der Deutschen Gewerkschaften nach ihrem letzten Verbandstag bemerkbar macht, das stärkere Eintreten der bürgerlichen Presse für diese Bewegung, der Ausgang der letzten Reichstagswahl, die klare Abgabe der Gewerkschaften auf ihrem letzten Verbandstag an die Sozialdemokratie, indem sie erklärten, „wir stehen auf nationalem Boden, wir huldigen einer liberaldemokratischen Weltanschauung“, dies alles scheint den Herren „Genossen“ in die Krone geschlagen zu sein; denn man fürchtet mit Recht, daß die Aufklärung, welche die Gewerkschaften in die Massen tragen, nicht der politischen Reibstange der „Genossen“ und deren Zukunftsidee zum Vorteil gereicht. Im Gegenteil, es besteht bei dem Erkennen der Gewerkschaften für die „Genossen“ die Gefahr, daß die Arbeiter wieder zur Verechtung realer Gewerkschaftsarbeit auf bürgerlichen Boden hingeleitet werden und an dem Zukunftsstaat den Geschmack verlieren. Deshalb mit Volldampf gegen die gefährlichsten Feinde der Zukunftsidee. Kein Mittel, und sei es auch das schmutzigste, darf unversucht bleiben, um die unliebsame Konkurrenz aus der Welt zu schaffen.

Gleich wie die sozialistische Presse stets beim Rotwerden gegen die bürgerlichen Parteien ist, so begeißelt sie mit demselben Eifer die kirchlichen Dundersöhne der Sozialdemokratie. Das blühende Zeug muß oft erhalten in diesem Vernichtungskampfe.

Nach der Moral des Parteileiters Kautsky ist der Genosse ja nur dem Genossen gegenüber zur Wahrheit verpflichtet, dem Gegner gegenüber hat man die rote Presse den Kampf leicht und schwindelst fest darauf los, in der guten Hoffnung: Etwas bleibt doch hängen.

Daß aber die Mittel auf diesem Gebiet bald alles bisher Dagewesene übersteigen und nachgerade furchtbar werden, beweist nachstehende Notiz, welche gegenwärtig den Weg durch die rote Presse macht und welche auch unsere Ludwigshafener rote Freundin nach gut acht Tagen aus der Stumpfabrikation ihrer Frankfurter Schwester herauswühlte. Jener haben es anscheinend die Hundstage angefallen, daß sie zu der Auffassung kam, wenn sie mit dem „Generalanzeiger“ anbandeln geteilt, es anstrempeln zu müssen. Es mag auch sein, daß es noch ein Stück Naive ist aus der Frankfurter „Bazar-Affäre“, weil wir dort die Genossen unjanke aus dem Schlafe rüttelten. Hier ist die Schmotzleistung:

Ein Frankfurter Zentral-Streikbrecher-Bureau?

Im Hornheimer Himmel, der „weißen Elbe“, haben die Berliner Bauunternehmer ein Bureau einrichten lassen, um den bang Arbeitsschwäger gemerkschaftlich zu betreiben. Es sucht werden insbesondere Maurer, Zimmerer und Schreiner, doch soll die Absicht bestehen, dieses Bureau wegen der zentralen Lage Frankfurts zu einem ständigen Institut auszubauen, von dem aus in Städte, wo gestreift wird, die Kanstreifer trappweise abgeholt werden können. Ob die kirchlichen Dundersöhne mit diesem Projekt in Verbindung stehen, wie behauptet wird, können wir nicht in Erfahrung bringen; unwahrscheinlich ist es aber nach ihrem Verhalten bei der Frankfurter Metallarbeiterausperrung nicht. Auch in dem Blatt, das erst kürzlich wieder so warm für die „Häufige“ eintrat, dem „Frankfurter Generalstreikbrecheranzeiger“, werden täglich Bauarbeiter nach Berlin gesucht. Hoffentlich ist all die Eredes mühe umsonst! Die Bauarbeiter werden jedoch besonders gebeten, dem neuen Bureau die verdiente „Aufmerksamkeit“ zu schenken.

Daß wir mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun haben, braucht wohl nicht erst erwidert zu werden, obwohl auch wir zur Stunde nicht feststellen können, ob, wie man hört, die Sozialdemokratie durch Parteianhänger mit dieser Sache in Verbindung steht; vollständig ausgeschlossen erscheint dies nach den Enthüllungen bei der Buchdrucker-Tarifrevision absolut nicht, denn auch dort schimpfte man weiblich auf den Unternehmern-Verband der Buchdruckerstreikbrecher über deren Schammascherandpunkt, und was war das Ende vom Lied? Nach Regelung des Tarifs mußten sich eine Anzahl sozialistischer Zeitungen, darunter gerade diejenigen, welche den Hand am weitesten aufzuziehen, von den eigenen Genossen sagen lassen, sie möchten sich nicht so leichtfertig einmischen; denn sie würden ja selbst diesem Schammascher-Verband angehören. Hört, hört!

Vielleicht wurde dieser Arbeitsnachweis auch erachtet, damit das Frankfurter Gewerkschaftsbund dort indifferentes Personal besorgen kann.

Was die Aussperrung anbelangt, so war unsere Stellung bei derselben lauerk, fortsetzt hat der „lieblichste“ Verband wohl noch selten gehalten. Hoffentlich sieht aber die Masse an derartig plumpen Schmutznägen am besten, wie jene Heiden auf die Dummheit der Masse spekulieren, um Gumpelsarg zu treiben. Wie lange wohl wird sich die Masse es noch bieten lassen, daß man sie derartig niedrig in ihrem Denken einschätzt? Arbeiter, wache auf, mach dich frei und gib diesen Heuchlern die richtige Antwort.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 10. August 1907.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes hatte auf den 14. d. Mts. die Berliner Gewerkschaften aller Berufe zu einer gemeinsamen Deputation betreffend die Beteiligung an wirtschaftlichen Wahlen einberufen. Die Versammlung eröffnete der Kollege Goldschmidt, der die Verhandlungen durch ein Referat einleitete. Er wies nach, welche Arbeiten schon früher in der genannten Richtung gesehen seien. Schon 1901 habe der Zentralrat z. B. für das Berliner Gewerbegebiet die Einführung der Verhältniswahl beantragt, allerdings ohne Erfolg. Seine weiteren Ausführungen waren einer Untersuchung der Widerstände gewidmet, die in Berlin der Durchführung der Verhältniswahl gegenüberliegen. Sie liegen hauptsächlich bei den Sozialdemokraten und einem Teil der kleinen Unternehmer. Als zweites Referat sprach C. Kelzgen über die Verhältniswahl. Er untersuchte dieselbe genauer und erörterte dann die Mittel und Wege die zur Durchführung dieses Wahlsystems in Berlin einzuschlagen sind. In der umfassenden Aussprache sprachen sich sämtliche Vertreter für ein entschiedenes Vorgehen in der Frage aus, wenn auch hinsichtlich der Möglichkeit des Erfolges die Meinungen auseinandergingen. Es beteiligten sich u. a. an der Aussprache die Kollegen Schnell, Jergang, Jordan, Körner, Mühe, Marohn. Es wurde dann beschlossen, mit der weiteren Erledigung der Arbeiten eine Kommission zu beauftragen, in die jeder Beruf einen Vertreter und einen Stellvertreter entsendet. Die Kommission arbeitet gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss. Zunächst soll jeder Ortsverein im Gewerbegebiet bezirk Berlin die Verhältniswahl in seinen Versammlungen und Vertrauensmännerversammlungen besprechen. Nähere Mitteilungen gehen den beteiligten Ortsvereinen direkt zu.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes berichtet der

Arbeitsmarkt: Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Monat Juli eine bedenkliche Wendung erfahren; der Andrang auf 100 offene Stellen ist von 94,4 im Juni auf 115,1 im Juli hinaufgegangen. Das bedenkliche an dieser Bewegung liegt nun nicht etwa darin, daß eine Zunahme eingetreten ist, denn die Zunahme des Andranges von Juni auf Juli ist eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung; was vielmehr Beforgnis erregt, ist die Schärfe, mit der der Andrang emporgeschossen ist, ist die weitere die Tatsache, daß nunmehr die Beförderung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr nicht nur verschlechtert ist, sondern sogar eine auffallende Verschlechterung gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres eingetreten ist. Nach der ganz besonderen Kunst im Juni, die durch ein starkes Minderangebot von Arbeitskräften gekennzeichnet war, muß die plötzliche relative Ungunst im Juli natürlich um so schärfer ins Auge fallen. Seitdem die Erholung am Arbeitsmarkt die letztergegangene Krise abblühte, ist die Vermehrung des Andranges von Juni auf Juli in keinem Jahre so stark gewesen wie 1907. So wenig nun gelegentlich werden soll, daß die gewöhnliche Ermattung im Hochsommer in diesem Jahre in ganz besonders hohem Maße eingetreten ist, so darf doch diese Erscheinung noch nicht als untrügliches Zeichen einer kommenden Krise aufgefaßt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Herbstkampagne an den Arbeitsmarkt gestalten werden; als gutes Zeichen ist es noch anzusehen, daß die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre weit mehr durch die Zunahme des weiblichen als des männlichen Andranges veranlaßt worden ist. Der Andrang am männlichen Arbeitsmarkt ist um 9, der am weiblichen um 12 pCt. gestiegen. Es ist zweifellos, daß die auffallende Verschlechterung der Gesamtlage gegenüber dem Vorjahre in allererster Linie durch die mattere Bautätigkeit veranlaßt ist. Wenn es auch Gegenden gibt, in denen nicht nur eben so flott wie im Vorjahre, sondern sogar noch flotter gebaut wird, so ist eben doch speziell im Innertreibgebiet Rheinland-Westfalens, wo die Bautätigkeit 1906 auf ganz besonderer Höhe stand, der Bedarf an Bauarbeitern nicht annähernd so dringend wie damals; im Gegenteil, wurden 1906 aus den anderen Gegenden Bauarbeiter herangezogen, um den Mangel in Rheinland-Westfalen etwas zu mildern, so wandern in diesem Jahre zahlreiche Bauarbeiter von dort ab, weil sie keine Arbeit finden und verdrängen dadurch das Angebot in anderen Gegenden erheblich. Neben dem Baugewerbe trug auch das Holzgewerbe dazu bei, daß der Gesamtarbeitsmarkt eine so wesentliche Verschlechterung erfuhr. Teils durch die ge-

ringere Baulastigkeit, teils auch infolge der langen Dauer der Holzarbeiterausperrung im Frühjahr hat sich die Beschäftigungslage für Holzarbeiter sehr verbessert, so daß ein ziemlicher Prozentsatz arbeitslos ist. Im Eisengewerbe war die Lage noch immer günstig, wenn auch kein so intensiver Arbeitermangel mehr bestand wie in den Vormonaten. Ganz unverändert befriedigend war die Nachfrage nach Arbeitkräften im Bergbau sowohl als im Textilgewerbe; auch im Bekleidungsgebiete erhielt sich eine ausreichende Beschäftigungslage.

Gewerksverein und evangelische Arbeitervereine. Herr Warrer Weber, der Vorsitzende des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, hat in Rheinland-Westfalen eine Aufnahme beantragt, wieweil Gewerksvereine und christliche Gewerkschaften in den evangelischen Arbeitervereinen sind. Gesamtvertritt haben auf die Anfragen 30 rheinisch-westfälische Vereine. In ihnen befinden sich 281 Gewerksvereine und 916 christliche Gewerkschaften. Die Zahlen müssen sich anpassen, in den evangelischen Arbeitervereinen lebhafter für uns zu arbeiten.

Wie die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ausbleiben wird, geht aus einer offiziellen Note der „Berl. Vol. Nachr.“ hervor. Danach handelt es sich bei der Reform der Arbeiterversicherung keineswegs darum, die drei Versicherungszweige zu verschmelzen. Wenn von einer Verschmelzung überhaupt die Rede sein kann, so handelt es sich nur um Kranken- und Invalidenversicherungskassen. Die Berufsgenossenschaften sollen in ihrer Existenz in keiner Weise geschwächt werden. War schon früher kaum daran gedacht, die Berufsgenossenschaften, die sich für die Unfallversicherung so außerordentlich gut bewährt haben, fallen zu lassen, steht jetzt eine solche Eventualität noch viel weniger in Frage. Es handelt sich jetzt auch gar nicht um die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsorganisationen, sondern in der Hauptsache um eine Vereinheitlichung der verschiedenen rechtlichen Bestimmungen bei den staatlichen Versicherungsarten.

Herr, dunkel ist der Rede Sinn! möchte man beim Durchlesen dieses letzten Satz anrufen. Diese ganze Art der Vereinheitlichung oder besser gesagt Verschmelzung ihrer Pläne durch die Regierung scheint uns ein Beweis dafür zu sein, daß entweder die in Aussicht gestellte Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze so gut wie gar nichts zu bedeuten hat, oder aber, daß die Regierung selbst nicht weiß, was sie will.

Arbeiterbewegung. In Nürnberg-Fürth ist eine Wohnbewegung unter den in der Gold- und Silbermanufaktur beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen im Gange. Eine versuchte Einigung führte nicht zum Ziele. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben daher ordnungsgemäß die Kündigung eingereicht, die am 24. August abläuft. Falls eine Einigung innerhals dieser Frist nicht zustande kommt, dürfte der Kampf unermüdlich sein. Unser Gewerksverein der Deutschen Stahl- und Textilarbeiter und der Gewerksverein der Deutschen Frauen und Mädchen sind erheblich beteiligt. — Der Streik der Zigarrenarbeiter in Gießen dauert noch an. Die Unternehmer halten ihrerseits die Aussperrung aufrecht. Der Kampf, an dem etwa 1000 weibliche und männliche Tabakarbeiter beteiligt sind, dauert 10 Wochen. — In Brandenburg a. H. sind 50 Farmer und 6 Bauernmacher der „Eisfabrikarbeiter“ ausständig. Der Streik wird auf eine Differenz zwischen der gelben Gewerkschaft und dem Metallarbeiterverband zurückgeführt. — Die Hamburg-Amerika-Gesellschaft teilt mit, daß fast 1/2 aller Schwerkente in ein festes Vertragsverhältnis auf 1 Jahr eingetretten sind. Der Fabrikarbeiterverband hatte dringend abgeraten, ein festes Vertragsverhältnis einzugehen. — In Osna-brück streikten die Arbeiter der Gasuhrfabrik, um ein 5prozentige Aufwandszuschlag, 10 pSt. Zulage für die Lohnarbeiter und die Einführung eines Arbeiter-ausschusses zu erwirken.

Der Streik in Belfast (Irland) kam im englischen Unterhause zur Sprache. Ein Arbeiter-Abgeordneter ersuchte die Regierung, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Unternehmer sich an dem von den Arbeitern geforderten Schiedsgericht beteiligten. Die hiesigen Zusammenhänge in Belfast führt die „Königliche Zeitung“ weniger auf den Streitgegenstand, als vielmehr auf konfessionelle und politische Gegensätze zurück. An einem Tage gab es etwa 150 Verwundete. Die Irländer, so meint das Blatt, seien ein sehr raufhütiges Völkchen. — Der Streik der Textilarbeiter im Bielefeld-Bialaer Industriegebiete (Ostpreußen) umfaßt 2400 Ausständige. — Der Streik der Telegraphisten in Amerika dauert noch an. Präsident Roosevelt hat es abgelehnt, einzugreifen. Auch die Postenbesitzer, die sich die in Gelingen benutzten Kanäle, haben sich dem Streik angeschlossen.

Die neuen Erhebungen über die sozialdemokratischen Gewerkschaftskartelle in 1906 veröffentlicht die neueste Nummer des Korrespondenzblattes. Sie berichtet über 526 = 95 pSt. aller bestehenden Kartelle. Sie umfassen 7390 örtliche Vereine mit 1500202 Mitgliedern. 10 Kartelle haben unter 100, 43 über 100—200, 50 über 200—300, 87 über 300—500, 131 über 500—1000, 112 über 1000 bis 2500, 42 über 2500—5000, 27 über 5000—10000, 13 über 10000—25000, 10 über 25000 Mitglieder. Diese Kartelle unterhalten 67 Arbeitersekretariate und 116 Auskunftsstellen, 14 hatten einen eigenen Kartellbeamten, 300 Kartelle unterhalten eine Bibliothek und 47 ein Lesezimmer. 39 Kartelle haben eigenes Gewerkschafts- oder Parteihaus. Der durchschnittliche Jahresbeitrag der Mitglieder zu den Kartellen beträgt 55,2 Pfg., während unser Beitrag zu den Ortsverbänden nur 20 Pfg. beträgt. Die Gesamteinnahmen betragen 916758 Mark. Durchschnittlich hat also jedes Kartell eine Jahreserinnahme von etwa 1800 Mark. Für uns ergibt sich aus diesen Zahlen die Notwendigkeit, viel mehr zu tun, um unsere Ortsverbände zu leistungsfähiger Arbeit, vor allem aber zur Stärkung ihrer Reihen anzuportieren. Selbst ihr der Wann! Väterlich ist die Aufforderung des „Korrespondenzblatt“, daß es nur 157 Ortsverbände der Gewerksvereine mit 559 Ortsvereinen gäbe. Die Statistik tröstet sich über diese Schwäche, sagt aber nicht, daß die Anzahl unserer Ortsvereine viermal so stark ist, wie sie angibt.

Der sozialdemokratische Parteitag in Offen soll Stellung nehmen gegen den Alkohol. Auf der Tagesordnung stand diese Frage schon öfter, sie fiel aber jedesmal unter den Tisch. So wird es wohl diesmal wieder kommen, denn die sozialdemokratischen Gast- und Schankwirte Deutschlands haben sich gegen die sozialdemokratischen Abkündigungen auf ihrem Kongreß in einer scharfen Resolution ausgesprochen. Dort heißt es u. a.: „Der Verbandstag der Freien Schankwirte Deutschlands hält vollständige Beschlüsse über die schädlichen Wirkungen des übermäßigen Alkoholgenusses für geboten, protestiert aber zugleich ganz entschieden gegen die teils übertriebener, teils albernen Lehren sogenannter Abkündiger, die alles Glend, alle menschlichen Gebrechen und Unvollkommenheiten und sogar die Degeneration der Arbeiterklasse aus dem Schnaps- und Biergenusse herleiten und damit absichtlich und unabsichtlich den Nachtigalern und besitzenden Klassen alle Verantwortung für die Not und elende Lage des eigentlichen Volkes abnehmen.“

„Eine „stiefelwüste“ Hans. Vor dem Esöffengeicht in Gemming hatte ich der 44-jährige Zimmermann Christian Karl Hermann Ehret zu veranworten. Die „G. R. R.“ schloß den Verhandlung wie folgt: „Herr Ehret, Sie sollen den Zimmerpolier U., an dem Sie gleich mit auf dem Kernen-Reubau an der Pfanzstraße arbeiteten, zugerufen haben: „Du Streikbrecher, Du Haderlump, Deine Kinder haben wohl nichts zu streiken, wenn Du nicht arbeitest?“ — „Angell: „Haderlump habe ich nicht gesagt, das andere gebe ich zu.“ — „Vor: „Wenn Sie aber selbst arbeiten, wie kamen Sie dazu, einen anderen Streikbrecher zu schimpfen?“ — „Angell: „Ich arbeitete unter neuen Bedingungen, U. arbeitete aber bei seinem Meister unter alten Bedingungen weiter.“ — „Vor: „Ihre Handlungsweise hatte doch wohl den Zweck, den U. zu veranlassen, sich auch der Streikbewegung anzuschließen?“ — „Angell: „Reineswegs, ich habe mir nichts dabei gedacht. Arbeitskollegen riefen „Streikbrecher“ hinterher, und da habe ich eben auch mit gerufen. Das ist wie bei einer Herde böhmischer Gänse, wenn eine gack, gack die anderen mit.“ Der Angeklagte, der schon einmal wegen ähnlicher Beleidigungen verurteilt ist, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Arbeiterinnenfrage. Das Berner Abkommen der Etanenskonferenz von 1906, betreffend das Verbot der Nachtarbeit bei der Industrie beschäftigten Frauen, hat nun auch die österr-eichische Regierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der auch die zur Nachtarbeit herangezogenen jugendlichen Hilfsarbeiter schützen soll. Der den Handelskammern zur Begutachtung vorliegende Gesetzentwurf geht erfreulicherweise über das Berner Übereinkommen hinaus, als die absolute Nachtarbeit für Frauen auch in denjenigen Betrieben gelten soll, die weniger als 10 Arbeiter beschäftigen.

Arbeiter als Gehilfen der Fabrikeninspektion. Im Großherzogtum Hessen ist angeordnet worden, daß im Gewerbeaufsichtsdienst aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Fachleute nutzbar gemacht werden sollen. Bei der Fabrikeninspektion Darmstadt sind ein Werkführer, für Offenbach ein Portefeuillier, für Gießen ein Obermonteur, für Mainz ein Werkmeister und für Worms ein Inspektionshilf zu Gehilfen der Aufsichtsbeamten ernannt worden.

Wir werden um Aufnahme folgender Bericht-gung ersucht:

In dem „Gewerksverein“ vom Sonnabend, 3. August, steht ein Artikel über einen Vorfall, der sich am Montag, den 27. Juli, in meiner Wohnung abspielte hat. Derselbe trägt die Überschrift: „Die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften werden ver-haueu“. Dieser Artikel ist durchaus unzutreffend. Nicht ich habe Vorwärts täglich angegriffen, sondern er hat auf meine wiederholte Aufforderung, meine Wohnung zu verlassen, auf mich eingeschlagen, so daß ich mich seiner erwehren mußte. Er war stark ange-trunken und stellte unberechtigte Ansprüche an mich. Er wird sich wegen seines Verhaltens in meiner Wohnung und wegen seiner unwahren Anschuldigungen gegen mich noch vor Gericht zu verantworten haben.

Franz Rührle,
Brandenburg a. N., Brüderstr. 1.
Auch durch diese Verichtigung wird die „stiefelwüste“ Brülligkeit leichtvoll illustriert.

Gewerksvereins-Teil.

Hannau. Mehrere Verbände in der Nahe-n-fabrik von Engemann leisteten sich ein nettes Gedenkschreiben. Sie gingen am Mittwoch, den 31. Juli er, morgens zum Hof und verlasen dort ihren Mitarbeiter, den Gewerksvereiner B., weil derselbe angeblich verurteilt, einem Gewerksvereiner in den Betrieb hineinzulassen. Wenn Anshine nach haben diese Streikbrecher auch die Entlassung unserer Kollegen verlangt, denn der Fabrik-besitzer soll ihnen die Antwort gegeben haben: „Der B. bleibt, und wenn Ihnen das nicht gefällt, wissen Sie ja, was Sie zu tun haben.“ Und solche Menschen wollen und beschimpfen!

Commerfeld. Nachdem die hiesige Schube-wegung der Ziegeleiarbeiter beendet ist, ver-suchen die Verbände die Schuld daran, daß nicht mehr erreicht worden ist, unserem Gewerksverein in die Schuhe zu schieben. Deshalb sehen wir uns genötigt, folgendes festzu-stellen:

Sonnabend, 29. Juni, wurde die Arbeit niedergelegt. Am Mittwoch vorher verhandelte ein Herr Bennewitz vom sog. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband und unsere Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Den folgenden Tag, Donnerstag, fand eine Ziegeleiarbeiterversammlung statt, in der Herr Bennewitz erklärte: „Die Arbeiter müßten mit 24 Pfg. Stundenlohn zufrieden sein.“ Einige Tage später kam unser Generalsekretär Lange-Blitterfeld hier an. Er und Herr Bennewitz verhandelten am 8. Juli nochmals mit den Fabrikanten. Hierbei machten die Fabrikanten den Vorschlag 25 Pfg. Stundenlohn und 5, 7, 10 und 12 pSt. Abkündigungsgeld zu zahlen. Herr Bennewitz war damit zufrieden. Kollege Lange wollte wenigstens 26 Pfg. Stundenlohn erreichen. Er erhielt aber zur Antwort: „Aber 5 Pfg. weniger, der Vertreter des Ver-bandes ist ja zufrieden und Sie als Gewerksvereiner nicht.“ Daraufhin war leider nichts mehr zu machen. Wenn jemand hier „Gutmoralischelei“ getrieben hat, so war es der Vertreter des „freien“ stiefelwüsten Verbandes Die Ziegele-arbeiter von Commerfeld und Umgebung werden sich das merken.

Nachdem nun fünf Wochen vergangen sind, müssen wir zu unserer Selbstwehre schreiten, daß die Abmachungen nur zum Teil von den Fabrikanten gehalten werden. Die Firma Eschendorf hat zwar den Frankenlohn 10, 12 pSt. angelegt, aber von den 4 Entleitern erhält nur einer 25 Pfg., die anderen drei dagegen 24 Pfg. Stundenlohn. Das Schandte an der Sache ist, daß diese eine noch vor kurzer Zeit vom Fabrikanten als minderleistungsfähig bezeichnet wurde. Ein junger kräftiger Arbeiter erzählt sogar, daß man ihm bei genannter Firma 21 Pfg. Stundenlohn angeboten hätte; er hat sich deshalb um andere Arbeit bekümmert und auch erhalten. Bei der Firma Freitag, Roll und Streub-Bauhof werden auch nur 24 Pfg. Stundenlohn gezahlt; von 26 Pfg. ist hier nichts bekannt. Abkündigungsgeld haben nur die Aus-fahrer - 1/2 pSt. — erhalten; die anderen Arbeiter bis jetzt noch nicht. Das Interessanteste aber ist, daß die Firma Groß die vereinbarten Bedingungen prompt erfüllt hat und diese Firma ist nicht im Fabrikantenverein.

Sind denn Fabrikantenvereine dazu da, um Verein-barungen mit den Arbeitern nicht zu halten?

Spandau. Die „Holzarbeiterz.“ beschäftigt sich in letzter Zeit in fast jeder Nummer mit unserm Organisa-tion. Wenn auch die ganzen Spalten dieses Blattes mit der Wahrheit auf dem Realgebiet stehen, so kommt es darauf nicht an, es muß den „Genossen“ eben stets frische Koh vorgesetzt werden, um den Hüh gegen die „Hirche“ nur recht zu schüren. Dieser rümpelten die Ver-bändler ihr Hauptangewandtheit auf die „ausständigen Hirche“, um dieselben auszuscheiden, jetzt sucht man auch die „unabhängigen“ zu kapern, die man doch weiß gar nicht haben wollte. Der Erfolg dieser Bauernfänger ist aber gleich null, denn die „Holzarbeiterz.“ jammert in einer ihrer letzten Nummern, daß es mit der Kallantow nicht so recht vorwärts geht. Ja, liebe Leute, die „Genossen“ haben bei dem Kampf gegen uns die Unorganisierten ganz außer acht gelassen und bei den „Hirchen“ können sie so leicht keine Dummen finden, die da Schindeln bräuhlen ließen, welche größtenteils durch die verführte Laizität der Betriebs-führer enttanben. Das bekannte Muß ich ja in allem Fällen ausschlaggebend. So kann ich nicht umhin, wieder eine Heidenlatte aus Spandau bekannt zu geben. „Genossen“ hatten sich erlaubt, in einer Ausgabe der Ver-bändler Arbeit zu nehmen. Das sollte uns den „Genossen“ schon ganz und gar nicht, daß wir ihnen immer weiter auf den Pelz rücken und der „hohe Rat“ beschloß, die betren „Hirche“ müssen raus. Mit allerhand Gattungen und Entschleien suchte man unseren Kollegen das Leben in der